



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Ägypten Jahresbericht 2014

Das politische Jahr beginnt mit Demonstrationen zum dritten Jahrestag der Revolution vom 25. Januar und einem massiven Polizeiaufgebot, dass die überwiegend friedlichen Protestierenden einzuschüchtern versucht. Über 1.000 Menschen werden festgenommen, darunter auch Frauen und Kinder. Berichten von Augenzeugen und später freigelassenen Personen zufolge werden Häftlinge Opfer von Schlägen und Misshandlungen. Verhafteten werden Schläge am ganzen Körper zuteil. Zum Teil ist es auch zum Einsatz von Elektroschocks gekommen. Diese Verfahrensweise zieht sich bei allen größeren Aufbegehren und Protesten gegenüber der Regierung durch das gesamte Jahr durch. Vor allem Anhänger und Führer der Muslimbrüder oder jenen, den eine Anhängerschaft vorgeworfen wird, stehen unter massivem Druck und laufen Gefahr willkürlich festgenommen zu werden.

Am 11. April verabschiedet das ägyptische Parlament zwei Anti-Terror-Gesetze, welche den Schutz vor Folter und willkürlichen Verhaftungen untergraben. Häftlinge können unter den neuen Gesetzen 72 Stunden länger in Gewahrsam gehalten werden und ihr Aufenthalt bis zu einer Woche verlängert werden. AI Recherchen haben ergeben, dass die Wahrscheinlichkeit von Folter und Misshandlungen gestiegen sind. Außerdem schließen die Gesetze nicht Beweismittel aus, die Geständnisse unter Folter vor Gerichten verwenden.

Im Mai werden 15 Aktivisten im Büro des "Egyptian Center for Economic and Social Rights" von ägyptischen Sicherheitskräften durchsucht. Eines der Aktivisten wird nach zwei Stunden wieder freigelassen und spricht über Schläge durch Fäuste und Gewährkolben. Weibliche Mitglieder der NGO werden sexuell belästigt und während ihrer Haft verunglimpft.

Ein Jahr nach dem Sturz Präsident Mursis müssen in Ägypten rasant angestiegene Folter und willkürliche Festnahmen festgestellt werden. Unter den 16.000 Festnahmen ist es laut dem „Egyptian Center for Economic and Social Rights“ zum Tod von 80 Menschen in Haft gekommen. Dies vor allem, weil Folter und Misshandlungen an der Tagesordnung liegen. Dabei nutzen die ägyptischen Sicherheitsbehörden dieselben Foltermethoden wie unter Mubarak, wobei Sicherheitsbeamte nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Unterstützer der Muslimbrüder würden gezielt gefoltert werden, um Geständnisse zu erzwingen oder Informationen über Dritte zu bekommen. Häufig genutzte Foltermethoden sind dabei Elektroschocks, Vergewaltigungen und das Aufhängen an Handschellen Gefesselter an offenen Türen. Eines der schlimmsten AI vorgelegten Folterfälle betrifft M.R.S., einem 23 jährigen Studenten, der im Februar 2014 in der Nähe von Nasr City in Kairo festgenommen wurden. Er befand sich 47 Tage in Haft und wurde während des Verhörs wiederholt gefoltert und vergewaltigt. Obwohl er sich wieder in Freiheit befindet, steht das Gerichtsverfahren noch aus. Zu Einzelheiten berichtet er:

"They cut my shirt, blindfolded me with it and handcuffed me from behind...they beat me with batons all over my body, particularly on the chest, back and face...Then they put two wires in my left and right little fingers and gave me electric shocks four or five times."

Über den sexuellen Missbrauch und die Vergewaltigung sagte er:

“The national security officer caught my testicle and started to squeeze it... I was screaming from the pain and bent my legs to protect my testicles then he inserted his fingers in my anus... he was wearing something plastic on his fingers... he repeated this five times.”

Er wurde wiederholt auf den Penis geschlagen und von einem oder mehr Sicherheitsbeamten vergewaltigt.

Als die ägyptische Delegation am 5. November beim UN Menschenrechtsrat für das Universal Periodic Review (UPR) erscheint, werden sie u.a. mit den Problemen Folter in Gefängnissen und Gewalt durch Sicherheitskräfte während Demonstrationen konfrontiert.

1. Die Empfehlung, Folter und andere Misshandlungen in Gefängnissen zu stoppen:

Die ägyptische Delegation entgegnet, dass das Gesetz selbstverständlich Folter verbiete und das Innenministerium schon neue Standards für das Einreichen von Beschwerden in Gefängnissen eingesetzt habe. Außerdem habe es nur einige wenige Fälle von Folter in Gefängnissen gegeben, die von einer kleinen Anzahl von Individuen ausgeführt wurden.

Recherchen von AI ergaben jedoch, dass Folter und Misshandlungen regelmäßig in Polizeistationen und in geheimen Zellen des Sicherheitsapparates angewendet wurden. Ehemalige Häftlinge berichten über den Einsatz von Schlägen, Elektroschocks und das Hängen in Handschellen von Türen in Stresspositionen.

2. Die Empfehlung, das Stoppen und Nachgehen von exzessiver Polizeigewalt gegen Demonstrierende:

Die ägyptische Delegation gibt an, dass das Gesetz die Anwendung von Gewalt durch Polizeikräfte verbiete außer im Falle von Selbstverteidigung. All dies befinde sich im Rahmen von internationalen Standards.

AI hat den exzessiven Einsatz von Polizeigewalt dokumentiert und stellte fest, dass seit dem Juli 2013 mehr als 1400 Menschen bei Protesten zum Tode kamen, welcher hauptsächlich durch den Einsatz von Gewalt durch Sicherheitskräfte verursacht wurde. Das Massensterben vom Rabaa al-Adawiya Platz in Kairo vom 14. August 2013 wurde bis heute nicht unabhängig untersucht. Außerdem erlaube das Protest-Gesetz von 2013 Sicherheitskräften, Waffen gegen friedliche Demonstranten einzusetzen. Es kam bisher zu keiner Verurteilung von Sicherheitskräften.

Im November 2014 drohen ägyptischen Behörden 66 palästinensische Flüchtlinge zwangsweise nach Syrien oder Gaza abzuschicken. Sie können jederzeit abgeschoben werden, weil sie als illegale Migranten eingestuft wurden. Die überwiegende Mehrheit (56, davon 15 Frauen und 10 Kinder) soll nach Syrien abgeschoben werden, wo ihnen Tod durch Bomben oder Inhaftierung, Folter oder Misshandlungen droht. Das Völkerrecht verbietet dies. 2014 schob Ägypten bereits 150 Menschen nach Syrien oder in die Nachbarländer ab und handelt völkerrechtswidrig.